

LABOR SCHWEIZ:
VERGLEICHENDE WAHLBETEILIGUNGSFORSCHUNG
BEI KANTONALEN PARLAMENTSWAHLEN

Markus Freitag

Zusammenfassung: Wie lässt sich die unterschiedliche Beteiligung bei den kantonalen Parlamentswahlen in den Schweizer Gliedstaaten erklären? Die vorliegende Arbeit beantwortet diese Frage und präsentiert die erste systematisch vergleichend angelegte Untersuchung zur Wahldemokratie in den eidgenössischen Kantonen. Im Mittelpunkt steht dabei die empirische Überprüfung sowohl institutioneller als auch makrosoziologischer, kultureller und sozioökonomischer Bestimmungsgründe. Gemäß den statistischen Schätzverfahren fällt die Beteiligung bei kantonalen Wahlen in denjenigen Gliedstaaten überdurchschnittlich aus, die eine Regelung zur Wahlpflicht aufweisen, stark katholisch geprägt sind, über einen hohen Anteil an Parteimitgliedern verfügen und eine niedrige Wahlhürde zur Erringung eines Mandates aufstellen. Darüber hinaus wird in den vorliegenden Analysen deutlich, dass direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten keinen systematischen Einfluss auf die Partizipationsrate bei Wahlen in den Schweizer Gliedstaaten ausüben.

I. Einleitung

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit einer zentralen Frage der vergleichenden politischen Soziologie (Lijphart 1997): Wie lässt sich die unterschiedliche Beteiligung bei Parlamentswahlen in entwickelten Demokratien erklären? Im Gegensatz zur bisherigen Forschungspraxis soll diese Thematik aber nicht international vergleichend, sondern am Beispiel der Schweizer Kantone erörtert werden.¹ Mindestens drei Gründe sprechen für eine empirisch fundierte Auseinandersetzung mit dieser Themenstellung.

1. Das erste Argument handelt von der zu schließenden Forschungslücke.² Obwohl gerade in jüngster Zeit den Ursachen unterschiedlicher Wahlbeteiligungsquoten eine große Aufmerksamkeit beigemessen wird (Blais und Dobrzynska 1998; Franklin 1996, 2004; Freitag 1996; Gray und Caul 2000; Jackman und Miller 1995; Kostadinova 2003; Norris 2004; Siaroff und Merer 2002), fehlt bislang eine empirisch fundierte

1 Bei diesem Beitrag handelt es sich um die überarbeitete Fassung des Habilitationsvortrages des Verfassers an der Universität Bern im April 2005. Ich möchte mich sowohl bei Marc Bühlmann, Florian Fritz, Franziska Schutter, Isabelle Steffen, Adrian Vatter und Miriam Wetter als auch bei den Herausgebern und dem anonymen Gutachter der KZfSS für die wertvollen Hinweise und die anregende Kritik bedanken.

2 Die Partizipationsforschung unterscheidet grundsätzlich zwischen „verfasster“ (konventioneller) und „unverfasster“ (unkonventioneller) politischer Beteiligung. Während erstere bestimmten Gesetzen und Verordnungen unterworfen ist und primär durch Wahlen vollzogen wird, findet letztere legal oder illegal ohne gesetzliche Rahmenbedingungen statt (Kornelius und Roth 2004: 27).

und vergleichend angelegte makroperspektivische Analyse der Partizipation bei kantonalen Parlamentswahlen.³ Diese Tatsache erstaunt angesichts der Beobachtung, dass die Schweizer Stände eine beträchtliche Varianz im gliedstaatlichen Vergleich der kantonalen Wahlbeteiligung offenbaren (Linder 1999: 67).

2. Vor dem Hintergrund der politischen, kulturellen und sozioökonomischen Vielfalt der Schweizer Kantone (Freitag 2004; Kriesi et al. 1996; Meier-Dallach et al. 1991) bietet das Labor Schweiz die einmalige Gelegenheit, die konkurrierenden Erklärungsansätze der vergleichenden Wahlbeteiligungsforschung exemplarisch anzuwenden und die einseitig auf internationale Vergleiche ausgerichtete Forschungspraxis um subnationale Erkenntnisse zu ergänzen. Zusätzlich leistet der Vergleich der Schweizer Kantone einem zentralen Desiderat der vergleichenden Wahlforschung Abhilfe, indem die Wirkung direktdemokratischer Beteiligung auf die Partizipation bei Wahlen quantitativ vergleichend erfasst werden kann. Aufgrund des Übergewichts repräsentativer Demokratien unter den modernen Industriestaaten einerseits und der nahezu einzigartigen Ausbildung der Volksrechte in der Schweiz andererseits (Kriesi 1995; Linder 1999), schließen sich quantitativ komparative Analysen von Nationalstaaten zu dieser Thematik nahezu aus. Eine vergleichende Analyse der Schweizer Kantone zu den Folgen der direkten Demokratie auf die Wahldemokratie bietet sich deshalb als Alternative an, da eine ausreichende Anzahl an Gliedstaaten hinsichtlich ihrer plebiszitären Elemente beträchtlich variieren. Nichtsdestotrotz sollte eine Analyse zur Wirkung der direkten Demokratie nicht allein für die Schweiz von Relevanz sein, da immer mehr Gemeinwesen dem Charme der direkten Demokratie verfallen (Freitag et al. 2003; Scarrow 2001). So führten nur drei (Bosnien, Tschechien und Jugoslawien) von dreißig europäischen Staaten, die sich seit dem Fall der Mauer 1989 eine neue Verfassung gaben, das Recht auf direktdemokratische Mitbestimmung nicht ein. Und im Laufe der 1990er Jahre verankerte eine Vielzahl der deutschen Bundesländer Elemente direktdemokratischer Entscheidungsverfahren flächendeckend in den Landes- und Gemeindeverfassungen (Kost 2005).

3. Schließlich bietet der Schweizer Bundesstaat mit seinen über zwei Dutzend kantonalen Untersuchungseinheiten schwer zu überbietende Standortvorteile in methodischer Hinsicht: Obwohl die Schweizer Kantone über mannigfache politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen verfügen, sind sie Bestandteile eines einheitlichen und übergeordneten Systems (Vatter 2002). In diesem Sinne erfüllt gerade der subnationale Vergleich die Forderungen eines Forschungsdesigns möglichst ähnlicher Fälle (*most-similar cases design*) in beachtlicher Weise (Lijphart 1971: 168; Przeworski und Teune 1970: 31ff.; Snyder 2001). Darüber hinaus bieten die über 20 kantonalen Demokratien eine ausreichend hohe Zahl an Untersuchungseinheiten für eine statistisch-quantitative Vorgehensweise (Vatter 2002: 2).

Gegenstand der vorliegenden Analyse sind die Niveauunterschiede in den kantonalen Wahlbeteiligungsquoten von 23 der insgesamt 26 Schweizer Gliedstaaten zwischen 1982 und 2004. Die Kantone Appenzell-Innerrhoden, Appenzell-Außerrhoden und Graubünden werden nicht in die Untersuchung aufgenommen, da für diese Gliedstaat-

³ Die einzig vergleichend angelegte Makrostudie stammt von Wernli (1998), der die Partizipation in zehn Schweizer Gliedstaaten untersucht. Jedoch wird in jener Arbeit die kantonale Variation in der Beteiligung bei *nationalen* Wahlen analysiert.

ten keinerlei Daten zu den Beteiligungsraten bei kantonalen Parlamentswahlen vorliegen. Die Untersuchungsperiode soll sowohl aktuelle Entwicklungen als auch einen hinreichend langen Untersuchungszeitraum abdecken, um etwaige Verzerrungen durch kurzfristige Schwankungen zu minimieren. Auf diese Weise fließen zwischen vier und sechs Wahlgänge in die Analyse ein. Die Untersuchungsperiode beginnt mit den ersten Urnengängen nach den Gründungswahlen des Kantons Jura im Jahre 1978.⁴

Ziel der Untersuchung soll es sein, auf der Makroebene sowohl institutionelle als auch makrosoziologische, kulturelle und sozioökonomische Bestimmungsgründe als erklärende Variablen für die Niveauunterschiede in der kantonalen Wahlbeteiligung aufzudecken. Hypothesen der bisher schwach entwickelten empirischen Forschung zur Partizipation bei kantonalen Parlamentswahlen weisen Ähnlichkeiten mit Annahmen auf, wie sie für die wesentlich gründlicher erforschte Nationalstaatenebene entwickelt und geprüft wurden (Linder 1999: 67; Wernli 1998). Es scheint deshalb sinnvoll, am bisherigen nationenvergleichenden Forschungsstand anzuknüpfen und dessen Erklärungsansätze für eine Analyse subnationaler Einheiten einzusetzen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die politisch-institutionalistische Perspektive, die Sichtweise der politischen Kultur und sozialintegrativen Kräfte sowie um die Schule der sozioökonomischen Ressourcen. Alle drei Ansätze liefern eine Reihe von relevanten Bestimmungsgründen der Wahlbeteiligung.

Die vorliegende Untersuchung verfolgt angesichts des Mangels an vergleichbaren kantonübergreifenden Individualdatensätzen eine makroperspektivische Forschungsausrichtung. Sie steht nicht im Wettbewerb mit den methodisch weit anspruchsvolleren Analysen auf der Individualdatenebene, sondern soll als Ergänzung zu diesen dienen. Denn neben der Möglichkeit des interkantonalen Vergleichs bietet dieser Ansatz einen nicht zu unterschätzenden Vorteil: Er ermöglicht die Berücksichtigung des Einflusses institutioneller Differenzen von Kanton zu Kanton auf die unterschiedliche Höhe der Wahlbeteiligung.

Bei der Behandlung des Themas werden folgende Einschränkungen und Abgrenzungen vollzogen: Da die Thematik der Analyse mit der Frage nach den Bestimmungsgründen einer unterschiedlichen Wahlbeteiligung im kantonalen Vergleich klar abgegrenzt ist, werden sowohl die Betrachtung von Konsequenzen einer dauerhaft hohen oder ständig niedrigen Partizipation als auch die Folgen stark ansteigender oder nachlassender Beteiligung etwa hinsichtlich der Stabilität des Systems ausgeblendet. Weiterhin ist die Methode dieser Studie die des makro-quantitativen Vergleichs. Die Entscheidung fiel für den Vergleich einer großen Anzahl von Untersuchungseinheiten und gegen eine vergleichende Analyse einer nur kleinen Anzahl der Fälle (oder Fallanalysen über einzelne Kantone), weil somit – offensiv formuliert – Chancen der Generalisierbarkeit entstehen, oder – defensiv ausgedrückt – das Risiko, nicht verallgemeinbare

4 Damit sollen starke Abweichungen infolge von Ereignissen von besonderer historischer Tragweite ausgeblendet werden. Perioden von Neugründungen staatlicher Gebilde sind in den Augen der Transitionsforschung „moments of great drama“, welche von unvergleichlichen politischen, sozialen und ökonomischen Spannungen begleitet werden (Kostadinova 2003: 743). Mit Blick auf die Beteiligung bei den ersten Wahlen zum neugegründeten jurassischen Parlament lässt sich berichten, dass 81,2 Prozent der Wahlberechtigten an den Wahlen teilnahmen. Diese Höhe ist im kantonalen Vergleich für die letzten 25 Jahre einzigartig. Bei den Folgewahlen im Kanton Jura (1982) nahmen noch 73,1 Prozent der Wahlberechtigten teil.

Schlussfolgerungen zu ziehen, minimiert wird. Verbunden mit dieser Forschungsbrille ist zudem die Inkaufnahme einer charakteristischen Blindstelle: gemeint ist die relativ geringe Beachtung kantonsspezifischer Eigenheiten und Sonderentwicklungen.

Die Untersuchung über die unterschiedliche Wahlbeteiligung im Vergleich der Schweizer Kantone soll in vier Schritten erfolgen. Sie wird durch eine Bestandsaufnahme der Niveauunterschiede eingeleitet (Abschnitt II). Im darauf folgenden Abschnitt III werden Theorien und Hypothesen unterschiedlicher Wahlbeteiligungsraten erörtert. Nach der Vorstellung der Methode und der herangezogenen Daten werden die verschiedenen Hypothesen einer systematischen Überprüfung unterzogen (Abschnitte IV und V). Dies geschieht anhand von bivariaten und multivariaten statistischen Analysen. Schlussfolgerungen runden den Beitrag ab.

II. Wahlbeteiligung in Schweizer Kantonen – das zu erklärende Phänomen

Welche Niveaus erreichen die Schweizer Gliedstaaten in ihren Beteiligungsraten bei kantonalen Wahlen? Nähern sich die Wahlbeteiligungsquoten der einzelnen Kantone einander im Zeitverlauf an, oder werden die Niveauunterschiede gar größer? Gibt es kantonale Demokratien, bei denen die Quote nahezu stabil bleibt oder treten Schwankungen auf? Ist es schließlich wegen der Vielfalt der herangezogenen Untersuchungsfälle überhaupt möglich, Gruppen von Gliedstaaten zu klassifizieren, die Ähnlichkeiten erkennen lassen? Derlei Fragen stehen vorab zur Diskussion. In *Tabelle 1* finden sich die durchschnittlichen Wahlbeteiligungen dreier Zeitperioden (1982–1991, 1992–2004 und 1982–2004) für jeden Kanton wieder.⁵ Es handelt sich um die abgegebenen Stimmen in Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung als Indikator der Ausschöpfung des wahlgesetzlich fixierten Partizipationspotentials. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von der Wahlbeteiligung im engeren Sinn (Kohl 1983: 386). Wie *Tabelle 1* zu entnehmen ist, beläuft sich die durchschnittliche Wahlbeteiligungsquote für alle Kantone im Zeitraum zwischen 1992 und 2004 auf 45,4 Prozent. In der Vorperiode beträgt sie 49,9 Prozent, womit sich ein leichter Rückgang offenbart.

Weiterhin ist zu erkennen, dass die Partizipationsrate bei politischen Wahlen zwischen den Kantonen unterschiedlich ist und Niveauunterschiede in bemerkenswerter Weise seit den 1980er Jahren vorhanden sind. Es lassen sich mithin Differenzen von bis zu 40 Prozentpunkten zwischen den kantonalen Demokratien feststellen. Ferner zeigt sich, dass in einigen Gliedstaaten die durchschnittliche Partizipationsquote von rund 45 Prozent bei den Nationalratswahlen der Schweiz (1983–2003) von den Betei-

5 Die Einteilung der Subperioden folgt dem Ende der Wahlrechtsänderungen in Bezug auf das Wahlalter. Die Herabsetzung des Wahlalters von 20 auf 18 Jahre war ein langer politischer Prozess, der im Jahre 1833 im Kanton Schwyz begann und 1992 in St. Gallen seinen Abschluss fand (Lutz und Strohmann 1998: 20–21). Es lässt sich freilich kein systematischer Effekt dieser Wahlrechtsänderung auf die Beteiligung nachweisen: Während in der Untersuchungsperiode die Wahlbeteiligungen in Zürich (Änderung im Jahre 1990), Bern (1990), Luzern (1991), Fribourg (1991), Solothurn (1991), Basel-Stadt (1988), Schaffhausen (1990), Thurgau (1991) in den Folgewahlen der Wahlalterreduzierung zurückgingen, stiegen in den Kantonen Uri (1989), Obwalden (1983), St. Gallen (1992), Aargau (1991), Tessin (1990) und Wallis (1991) die Partizipationsraten in den Wahlen nach der Wahlrechtsänderung.

Tabelle 1: Wahlbeteiligung bei kantonalen Parlamentswahlen 1982–2004

	1982–1991	1992–2004	1982–2004
Tessin	72,0	68,2	69,8
Wallis	66,1	63,8	64,8
Schaffhausen	68,3	58,8	63,2
Jura	68,1	56,8	61,7
Luzern	59,9	50,3	54,5
Solothurn	57,3	50,5	53,5
Nidwalden	55,3	52,0	53,4
Zug	54,5	47,5	50,6
Obwalden	52,9	47,7	49,9
Glarus	54,0	45,7	49,3
Fribourg	52,8	44,2	48,0
Uri	41,1	48,4	45,0
Basel-Stadt	41,0	43,5	42,4
Neuenburg	43,7	39,8	41,5
Schwyz	42,2	39,9	40,9
St. Gallen	41,8	39,1	40,3
Zürich	41,5	37,9	39,4
Aargau	38,2	39,3	38,8
Thurgau	43,1	34,9	38,6
Genf	39,6	37,2	38,2
Basel-Land	40,6	32,3	35,9
Bern	39,0	32,9	35,6
Waadt	34,0	33,4	33,7
Mittelwert	49,9	45,4	47,4
Variationskoeffizient	22,3	21,8	21,7

Anmerkungen: Angegeben sind die durchschnittlichen Werte für die ausgewiesene Periode. Die Wahlbeteiligung wird gemessen als Anteil der Wählenden an den Stimmberechtigten.

lignationsraten bei kantonalen Parlamentswahlen übertroffen wird. Vor diesem Hintergrund kann die Anschauung von einer generellen Nachrangigkeit gliedstaatlicher Wahlgänge und die Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenwahlen (second-order-election-model) nicht für alle Schweizer Kantone übernommen werden.

Werden die durchschnittlichen Werte für den Zeitraum von 1992–2004 mit den Daten von 1982–1991 verglichen, ergibt sich folgendes Bild: Die Kantone Tessin, Wallis, Schaffhausen und Jura zeigen für die beiden untersuchten Teilabschnitte die höchsten Wahlbeteiligungen. Zwischen 1982 und 1991 weisen die Kantone Aargau und Waadt die geringste Wahlbeteiligung auf. In der nachfolgenden Periode zeigen Basel-Land und Bern die geringsten Partizipationsraten. Zwischen 1982 und 1991 weisen elf Kantone eine Wahlbeteiligung von deutlich über 50 Prozent auf, in der Folgeperiode gilt dies noch für fünf Gliedstaaten. In nahezu allen Kantonen ist die Wahlbeteiligung rückläufig. Den stärksten Rückgang in der Beteiligungsrate im Vergleich der beiden Perioden zeigen die Kantone Jura (–11,3 Prozentpunkte), Luzern (–9,6) und Schaffhausen (–9,4). Dagegen weisen die Kantone Uri (7,3), Basel-Stadt (2,5) und Aargau (1,0) eine steigende Partizipationsbereitschaft der Wahlberechtigten auf. Beruft man sich zudem auf den Variationskoeffizienten beider Messzeitreihen 1982–1991 und 1992–2004, so zeigt sich, dass die Unterschiede zwischen Kantonen mit einer sehr hohen Wahlbeteiligung und Ständen mit einer eher niedrigen Partizipationsquote im Zeitab-

lauf nahezu unverändert bleiben.⁶ Neben dem Ergebnis, dass es sowohl Kantone mit einer stark rückläufigen als auch mit steigenden Wahlbeteiligungsquoten gibt, tritt vor allem der Tatbestand offensichtlicher und beständiger Beteiligungsunterschiede zwischen den Schweizer Gliedstaaten für die Periode von 1982 bis 2004 in den Vordergrund. Wie können diese Unterschiede erklärt werden?

III. Theorien und Hypothesen

In der international vergleichenden Partizipationsforschung finden sich verschiedene Ansätze zur Erklärung einer unterschiedlichen Beteiligung bei demokratisch verfassten Parlamentswahlen. Mit der politisch-institutionellen Sichtweise, dem politisch-kulturellen Ansatz und der Theorie sozioökonomischer Ressourcen dominieren freilich drei Forschungsrichtungen die Debatte, wobei sich insbesondere institutionelle Einflussgrößen im bisherigen Forschungsprozess als besonders tragfähig und bedeutend erwiesen haben (Franklin 2004; Jackman und Miller 1995; Lijphart 1997: 7; Norris 2004). In diesem Abschnitt werden die grundlegenden theoretischen Positionen der einzelnen Sichtweisen dargelegt und die aus ihnen erwachsenden Hypothesen zum Einfluss der einzelnen Faktoren auf die kantonale Wahlbeteiligung entwickelt. Zur Erklärung und Interpretation von Wirkung und Richtung einer Makrogröße auf die Wahlbeteiligung wird in den Forschungsbeiträgen meist auf Modelle der empirischen Wahlforschung zurückgegriffen, wie sie vornehmlich durch die soziostrukturelle und die sozialpsychologische Sichtweise oder durch den Rational-Choice Ansatz vorgegeben werden (vgl. Bühlmann et al. 2003: 34–35). Insofern werden die in der vorliegenden Untersuchung entwickelten Hypothesen individuelle Entscheidungskriterien, Wahrnehmungen und Motive der Stimmabgabe berücksichtigen.⁷

1. Politisch-institutionelle Determinanten

Die weitaus größte Beachtung in der vergleichenden Wahlbeteiligungsforschung wird den politisch-institutionellen Bestimmungsgrößen geschenkt (Lijphart 1997: 7). Der Tradition des Neo-Institutionalismus verpflichtet, werden Institutionen dabei als Spielregeln aufgefasst, die bestimmte Handlungsalternativen ermöglichen und andere verhindern. Mit anderen Worten: Institutionen wirken in diesem Sinne gleichermaßen als formalisierte Regeln und soziale Normen, die individuelle Einstellungen und Handlungen ermöglichen, beschränken oder stimulieren (Hall und Taylor 1996; Immergut 1998, Mayntz und Scharpf 1995: 43). Darunter fallen sowohl Merkmale des Wahl-

⁶ Unterschiede können vereinfacht gesagt als die durchschnittliche Abweichung jeden Falles vom Mittelwert berechnet werden. Diese durchschnittliche Abweichung wird in Prozent des Mittelwertes ausgedrückt und heißt Variationskoeffizient. Je höher er ist, desto unähnlicher sind die Kantone.

⁷ Im Anschluss an Falter and Zintl (1989: 124) können Aussagen über Verhalten im Aggregat zwar aus Aussagen über Individualhandlungen abgeleitet werden, jedoch sind logische Schlussfolgerungen in die Gegenrichtung nicht möglich, will man nicht einem ökologischen Fehlschluss unterliegen.

Parteien- und Regierungssystem als auch wahlorganisatorische Vereinbarungen wie etwa Fragen zum Wahlrecht, der Wahltag, die Möglichkeiten der Stimmabgabe (z.B. Briefwahl) oder die Existenz einer Wahlpflicht. Gefragt wird in dieser institutionellen Forschungsperspektive generell nach Anreizen oder möglichen institutionalisierten Barrieren, die mit der Teilnahme an einer Wahl zusammenfallen (Blais und Dobrzynska 1998; Cox 1999; Jackman und Miller 1995: 469; Norris 2004).

Merkmale des Wahlsystems. Eine erste relevante Größe zur Erklärung von Niveauunterschieden in der Wahlbeteiligung erkennen die einschlägigen Forschungen im *Typus des Wahlsystems*, wobei zunächst grob zwischen Verhältnis- oder Mehrheitswahl unterschieden wird (Siaroff und Merer 2002). Im Gegensatz zu Proporzsystemen werden Mehrheitswahlsysteme als Barriere einer hohen Wahlbeteiligung angesehen, da die Umstrittenheit der Wahl in sicheren Wahlkreisen oder Hochburgen nicht gegeben sei und die Anhänger der vorab unterlegenen Partei oder kleiner Parteien angesichts der Wirkungslosigkeit ihrer Stimmabgabe der Wahl fernbleiben (Ladner und Milner 1999; Zingg und Benz 2003). Zusätzlich reduzieren die unterlegenen Parteien ihre Mobilisierungsanstrengungen. Wahlsysteme lassen sich weiterhin durch den *Grad der Disproportionalität zwischen Stimm- und Mandatsverteilung* kennzeichnen. Je kleiner dieser ausfällt, desto „gerechter“ werden die Stimmanteile einer Partei auf ihre errungenen Sitze umgerechnet. Disproportionale Wahlsysteme zwingen kleinere Parteien, überproportional viele Stimmen anzuhäufen, um eine gewisse (jedoch unproportionale) parlamentarische Repräsentation zu erreichen. Diese Ausgangslage führt zur Wahlabstänzigkeit der Anhänger chancenloser politischer Vereinigungen: Mit steigendem Grad der Disproportionalität sinke demzufolge die Wahlbeteiligung (Jackman und Miller 1995: 470). Die wichtigsten Kriterien für den Proportionalitätsgrad sind die Wahlkreisgröße und die Existenz von Sperrklauseln (Lutz 1998). Diese beiden Kennzeichen können überdies zur *effektiven Wahlerfolgschwelle* zusammengefasst werden (Lijphart 1994: 12; Vatter 1998, 2002: 396).⁸ Diese Schwelle gibt an, welchen Stimmenanteil eine Partei erreichen muss, um im Parlament vertreten zu sein. Je höher dieser Schwellenwert ausfällt, desto stärker greifen die oben beschriebenen Demobilisierungsmechanismen bei Wählern und Parteien und desto geringer fällt die Wahlbeteiligung aus. Weitere Parameter des Wahlsystems zeigen sich in der Gelegenheit zu *Listenverbindungen* zwischen den Parteien sowie den Möglichkeiten des *Kumulierens* der Wählerstimmen. Die Existenz beider Merkmale kann als Wahlreize für die Anhänger ansonsten benachteiligter politischer Gruppierungen gewertet werden und sollte im Ergebnis die Wahlbeteiligung erhöhen.

Merkmale des Parteiensystems. Bei der Frage nach Schubkräften für Partizipationsraten wird in der Literatur häufig auf die *Wettbewerbssituation innerhalb des Parteiensystems* hingewiesen (Blais und Dobrzynska 1998: 249; Kostadinova 2003; Wernli 1998). Während von vorneherein entschiedene Wahlen eine gewisse Apathie und Ignoranz bei den Wählerinnen und Wählern fördern, wirke eine stark kompetitive Ausgangslage zwischen den Parteien stimulierend. Dabei wird argumentiert, dass das Gewicht der

⁸ Diese Barriere berechnet sich wie folgt: effektive Wahlerfolgschwelle = $75 / (\text{durchschnittliche Mandatszahl eines Wahlkreises} + 1)$. Ein Beispiel: Eine Gebietseinheit hat drei Wahlkreise mit 3, 4 und 5 Mandaten. Die effektive Wahlerfolgschwelle liegt dann für jede Partei bei 15 Prozent (Lijphart 1999: 153). Diese Wahlerfolgschwelle kann als implizite Sperrklausel gedeutet werden.

einzelnen Stimme mit der vermuteten Knappheit eines Wahlausganges steige. Mit anderen Worten: Je folgenreichtiger eine einzelne Stimme für das Wahlergebnis sei, desto nahe liegender sei für die Bürgerinnen und Bürger der Gang an die Wahlurne (Armingeon 1994). Weiterhin sollte die *Zahl der Parteien* einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung ausüben. Je fragmentierter ein Parteiensystem ist, desto facettenreicher gestaltet sich das parteiideologische Spektrum und desto mehr Möglichkeiten stellen sich dem Wähler, eine Partei zu finden, in welcher er seine Interessen vertreten und verwirklicht sieht (Blais und Dobrzynska 1998: 248). Eine große Parteienvielfalt wirke sich deshalb förderlich auf die Partizipationsbereitschaft bei politischen Wahlen aus.⁹ Schließlich sollte sich eine hohe Wahlbeteiligung auf ein stark *polarisiertes Parteiensystem* zurückführen lassen, da die sich gegenüberstehenden Parteilager ihre jeweilige Klientel besonders eng an sich zu binden wissen (Crepaz 1990; Norris 2004: 167).

Merkmale der Staatsform und des Regierungssystems. Zum Einfluss der Direktdemokratie auf die Beteiligung bei Parlamentswahlen lassen sich zwei konkurrierende Einschätzungen formulieren. Die erste Vermutung geht davon aus, dass eine Kultur aktiver Referendumsdemokratie das politische Interesse der Bürgerinnen und Bürger stimuliere, den Informationsfluss quasi verselbständige und damit auch die Wahldemokratie stütze (Hajnal und Lewis 2003). Wernli (1998) kommt beispielsweise in seinem Vergleich von zehn Schweizer Kantonen zum Schluss, dass die Wahlbeteiligung in den Kantonen höher liegt, in denen eine intensivere direkte Demokratie praktiziert wird. Dieser Hypothese steht die Annahme einer negativen Beziehung zwischen direkter Demokratie und Wahldemokratie gegenüber. Dafür sprechen zumindest zwei Gründe: 1. Erstens beschneiden diverse Volksinitiativen und Referenden die Kompetenzen von Regierung, Parlament und Parteien. Der Stimmberechtigte erkennt, dass er über wichtige Sachfragen in Eigenregie und ohne den Rückgriff auf die Mandatsträger verbindlich entscheiden kann. Die Inhalte der Politik werden in dieser Anschauung primär an der Abstimmungs- und nicht an der (weniger relevanten) Wahlurne bestimmt (Bühlmann et al. 2003; Linder 1999: 315). 2. Zweitens könnte sich angesichts mehrerer Säulen der politischen Mitbestimmung eine gewisse Wahl- und Abstimmungsmüdigkeit einstellen, die hauptsächlich zu Lasten der weniger bedeutsamen Wahlen geht (Jackman und Miller 1995: 483). Über die Wirkung der Volksrechte hinaus wäre zu erwarten, dass in Kantonen mit einer ausgeprägten *kommunalen Entscheidungsautonomie* den kantonalen Behörden angesichts ihrer eingeschränkten Handlungs- und Gestaltungsmacht eine geringe Bedeutung beigemessen wird und die Wahlen zum kantonalen Parlament als weitgehend irrelevant eingeschätzt werden.

Merkmale der Wahlorganisation. Unter den wahlrechtlich-administrativen Faktoren kommt der *Wahlpflicht* eine besondere Rolle in der Erklärung der Wahlbeteiligung zu (Lijphart 1997). Im internationalen Vergleich verfolgten Italien (bis zum Jahre 1993) und die Niederlande (bis 1970) diese Regelung. Heute existiert die Wahlpflicht bei-

⁹ In der Literatur findet sich freilich noch eine konkurrierende Anschauung zur eben formulierten: Wahlen in fragmentierten Vielparteiensystemen würden demnach keine entscheidende Rolle mehr spielen, da die Regierung eher durch Koalitionsabsprachen denn durch Volkes Stimmabgabe gebildet würde (Downs 1957: 155). Diese Hypothese ist für die Schweizer Kantone jedoch nicht plausibel, da die kantonalen Regierungen durch die direkte Volkswahl bestellt werden.

spielsweise noch in Australien, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Costa Rica, Griechenland, Luxemburg, Lichtenstein, in Mexiko, Peru, Singapur, der Türkei oder auf Zypern. In den Schweizer Gliedstaaten herrscht allein im Kanton Schaffhausen die Wahlpflicht. Hier können wie in Australien oder in Belgien nachträgliche Geldstrafen die Bürgerinnen und Bürger zur Wahl treiben.¹⁰ Außerdem führt gemäß den Erkenntnissen der Partizipationstheorie eine (institutionell reglementierte) regelmäßige Teilnahme im demokratischen Prozess zur Aneignung partizipationsfördernder Grundhaltungen, will sagen: zur Ausbildung einer gewissen politischen Kompetenz und zur Ausbildung des politischen Interesses des aktiven Bürgers (Pateman 1970). Mit Blick auf die Schweizer Gegebenheiten lässt sich hier feststellen, dass die Schaffhauserinnen und Schaffhauser im interkantonalen Vergleich ein vergleichsweise hohes politisches Interesse und Informationsniveau aufweisen (Wernli 1998: 91). Diesen bisherigen Forschungsbefunden zufolge lässt eine Regelung zur Wahlpflicht eine höhere Beteiligung bei Urnengängen erwarten (Franklin 2004).

2. Sozio-politische und politisch-kulturelle Determinanten

Vertreter der politisch-kulturellen und sozialintegrativen Sichtweise betonen, dass die Bereitschaft zur Wahlteilnahme weniger das Ergebnis institutioneller Anreize und Stimulanz sei, sondern in erster Linie als ein angelernter Habitus zu verstehen ist: „... the propensity to participate or abstain is a habit of the heart acquired early in life and reinforced through experience of successive elections, along with other closely related civic attitudes and values such as partisan attachments“ (Norris 2004: 154). Dementsprechend unterstellen weitere Forschungen neben primär institutionellen Faktoren auf der Aggregatdatenebene auch sozio-politischen und politisch-kulturellen Faktoren einen Einfluss auf die Höhe der Wahlbeteiligung (Crepaz 1990; Gray und Caul 2000; Siaroff und Merer 2002).

Sozio-politische Integrationsmerkmale. Spätestens mit den Analysen von Tocqueville ([1835] 1994) setzen sich die Sozialwissenschaften mit der Bedeutung des *Vereinswesens* hinsichtlich der sozialen wie politischen Integration individualistisch geprägter Gesellschaften auseinander. Die Grundgedanken dieser Anschauung finden sich in der politischen Kulturforschung der 1960er Jahre wieder, wo freiwillige Vereinigungen als „the most important foundations“ stabiler Demokratien gelten und deren Fortbestand sichern (Almond und Verba 1965: 220–222). Vereine dienen hier sowohl als Medium der politischen Sozialisation als auch als *Schulen der Demokratie*, da sie in der sozialen Praxis die Verbindung von Mitgliedschafts- und Staatsbürgerrolle ermöglichen. Die engagierten Mitglieder sind in politischen Fragen besser informiert, zeigen größeres politisches Interesse und sind in der Regel auch politisch aktiver als die Nichtmitglieder. Diesen Grundüberlegungen zufolge steigt die Bereitschaft zur Teilnahme an der Wahl

¹⁰ Vgl. hierzu das Wahlgesetz, 160.100, Artikel 9 des Schaffhauser Rechtsbuches: „Die Teilnahme an den eidgenössischen, kantonalen und Gemeindeabstimmungen und Wahlen sowie an den Versammlungen der Einwohnergemeinde ist bis zum 65. Altersjahr obligatorisch. Wer diese Pflicht ohne Entschuldigung versäumt, hat drei Franken zu bezahlen“. Dieser Betrag wird nach Auskunft der Schaffhauser Staatskanzlei von der jeweiligen Wohngemeinde eingetrieben.

mit der Stärke der Integration des Einzelnen in vereinsmäßige Netzwerke. In besonderem Maße sollte dies sowohl für die Mitglieder von Gewerkschaften als auch von Parteien gelten. Entsprechende Umfragedaten und Analysen belegen zumindest, dass die Wahlteilnahme bei Mitgliedern einer *gewerkschaftlichen Organisation* wahrscheinlicher ist als bei nicht-gewerkschaftlich organisierten Bürgern (Falter und Schumann 1994: 176–178; Gray und Caul 2000; Norris 2004: 173–175). Übersetzt man die Ergebnisse über Gewerkschaftsmitglieder auf die vergleichende Makroperspektive, so lassen sich folgende Hypothesen ableiten: Es wird erwartet, dass Kantone mit einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad eine hohe Wahlbeteiligungsquote vorweisen. Gliedstaaten mit einem niedrigen Organisationsgrad sollten unter sonst gleichen Bedingungen eine niedrige Partizipationsrate aufzeigen. Eine besondere Bedeutung als Mobilisierungsmotor kommt auch der *Parteimitgliedschaft* zu: Je höher der parteiliche Organisationsgrad eines Kantons ist, und je ausgeprägter damit die gesellschaftliche Durchdringung der Politik ist, desto stärker sollte die parteiliche Mobilisierung wirken und desto höher sollte die Teilnahmebereitschaft bei den kantonalen Wahlgängen sein. Zudem besteht für das Parteimitglied ein erhöhter Anreiz zu wählen, da es mit der Stimmabgabe seine Interessen vertreten und verwirklicht sieht. Aus der empirischen Wahlforschung ist ferner bekannt, dass die Wahlethaltungswahrscheinlichkeit mit steigendem Grad der Parteibindung abnimmt (Bühlmann et al. 2003; Falter und Schumann 1994: 199; Norris 2004: 156; Wernli 1998: 86–87). Unter der Annahme, dass die Parteimitgliedschaft als eine festgeschriebene Parteiidentifikation verstanden werden kann, sollten die so aus Umfragen gewonnenen Erkenntnisse prinzipiell auf den erwarteten Effekt der Variable Parteimitgliedschaft übertragbar sein.

Politisch-kulturelle Merkmale. Eine Schlüsselgröße für die politische Beteiligung ist das *politische Interesse*. Wer politisch interessiert ist, wird sich stärker an Wahlen beteiligen als der politisch Uninteressierte. Mit steigendem politischen Interesse wachsen das individuelle Wissen zu politischen Sachthemen und die persönliche Einbindung in die politische Sphäre. Folglich wird der Interessierte dazu neigen, häufiger zur Wahl zu gehen als der politisch Desinteressierte (Bühlmann et al. 2003, Wernli 1998). Kantone mit einer hohen Dichte an politisch Interessierten sollten deshalb eine höhere Wahlbeteiligung aufweisen als Gliedstaaten mit einem geringen Anteil an politisch Interessierten. Im Schweizer Kontext wird schließlich der *Katholizismus* als eine bedeutende und historisch tradierte politisch-kulturelle Schubkraft auf die Wahlbeteiligung hervorgehoben. Gemäß Wernli (1998: 96–98) besteht in den Schweizer Kantonen eine besonders starke Bindung zwischen der christlich-demokratischen Partei (CVP) und den Katholiken. Diese historisch verankerte Beziehung geht auf die Niederlage der katholischen Koalition am Ende des Sonderbundkrieges (1847) zurück. In der Folge verstand sich die katholische Bevölkerung als eine den weltlichen und modernisierenden Kräften unterworfenen Minderheit und zog sich in eine Art Sondergesellschaft in die Hochburgen der katholischen Kantone zurück (Altermatt 1989: 97ff.; Linder 1999: 37; Geser 2004). In diesen garantierte die föderale Ordnung die Fortführung katholischer Sitten und Gebräuche. In den mehrheitlich katholischen Kantonen (beispielsweise Wallis, Luzern, und Tessin) stehe deshalb bei den Wahlen regelmäßig die Verteidigung der Bastion des Katholizismus und der christlich-religiösen Grundwerte auf dem Spiel, welche zusammen mit den klientelistischen Verstrickungen zwischen Partei und Weltanschauung als

mobilisierende Kraft auf die Wahlbeteiligung wirken sollte. Angesichts der nach wie vor bestehenden konfessionellen politischen Kultur in der Schweiz (vgl. Geser 2004) sollten diese Zusammenhänge auch für die jüngere Entwicklung zum Tragen kommen und den politischen Katholizismus zur Schubkraft der politischen Beteiligung werden lassen.¹¹

3. Sozioökonomische und soziodemographische Determinanten

Neben den beiden bislang erwähnten Ansätzen weisen vergleichende Forschungen auf die Wirkung sozioökonomischer und soziodemographischer Faktoren auf die Partizipationsrate bei politischen Wahlen hin (Radcliff 1992). Als besonders relevante Einflussgrößen werden in dieser Sichtweise mithin der Bildungsstand, das wirtschaftliche Leistungsniveau, die Bevölkerungsdichte und die Altersstruktur der Wahlberechtigten genannt (Blais und Dobrzynska 1998: 241–244; Norris 2004; Siaroff und Merer 2002: 917).

Sozioökonomische Ressourcen. Werden *kognitive und materielle Ressourcen* von Gesellschaften zur Erklärung verschiedener Wahlbeteiligungsraten herangezogen, wird in erster Linie auf den unterschiedlichen Bildungsstand und die ungleiche wirtschaftliche Leistungskraft rekurriert (Sturm 1992: 491). Gemäß dem Standardmodell der politischen Beteiligung führt eine höhere persönliche Ressourcenausstattung zur Ausbildung von positiven Einstellungen gegenüber dem politischen System, verstärkt das politische Interesse und verspricht ein Gefühl der politischen Wirksamkeit einer eventuellen Beteiligung (Verba und Nie 1972: 125–137). Somit mündet eine hohe Ressourcenausstattung in verstärktem partizipatorischem Engagement (Bühlmann et al. 2003: 27). Umgekehrt wird die politische Beteiligung gering sein, wenn die Ressourcenausstattung schwach ist. Die Einstellungen zum politischen System fallen weniger positiv (oder gar negativ) aus und die Überzeugung von der politischen Wirksamkeit bleibt unterentwickelt. Umgesetzt auf das Aggregat meint dies: Je höher der sozioökonomische Entwicklungsstand oder der Grad an Modernität einer Demokratie ist, desto höher wird die Wahlbeteiligungsquote sein (Blais und Dobrzynska 1998: 241–244; Siaroff und Merer 2002).¹² Mit Blick auf die *Bevölkerungsdichte* wird vermutet, dass weniger dicht besiedelte Gebiete eine geringere Wahlbeteiligung aufweisen, da die verstreut lebende Bevölkerung schwieriger zu mobilisieren sei und relevante Informationen schwerer zugänglich sind (Blais und Dobrzynska 1998: 242–243).

Soziodemographische Determinanten. Für die Variable Alter können bezüglich der Wahlbeteiligung relativ gesicherte Erkenntnisse aus der Wahlforschung berichtet werden. So

11 Während Geser (2004) vor allem die jüngeren Entwicklungen in den Mittelpunkt des analytischen Interesses rückt, zeigt Lijphart (1979), dass die konfessionelle Konfliktlinie in der Schweiz auch in den 1970er Jahren bedeutsamer war als der Gegensatz zwischen den Sprachgruppen und den sozioökonomischen Gruppierungen.

12 Es sollte jedoch festgehalten werden, dass der Modernisierungsprozess auch zu Lasten der politischen Beteiligung via Wahlen gehen kann, weil im Zuge wachsender Bildung und Einkommen verstärkt unkonventionelle Partizipationsformen von den Individuen als wirkungsvollere Möglichkeiten der politischen Einflussnahme erkannt werden (Inglehart 1990).

zeigt sich ein typisch kurvilinearverlaufender Verlauf der Partizipationsbereitschaft: Die Beteiligung steigt bis ins mittlere Lebensalter (50–60 Jahre) an und fällt dann langsam, bei den über 70-Jährigen wieder stärker ab (vgl. Armingeon 1994). Insofern sollte eine unterschiedliche Wahlbeteiligung der Kantone etwa auf den unterschiedlichen Bevölkerungsanteil wahlleifriger bzw. wahlmüder Altersgruppen zurückzuführen sein.

IV. Methode, Daten und Operationalisierungen

Wenn im Weiteren die entwickelten Hypothesen einer systematischen empirischen Überprüfung unterzogen werden, steht für 23 Schweizer Gliedstaaten der Zeitraum zwischen 1982 und 2004 im Zentrum der Analyse. Als Auswertungsstrategie wird mit Hilfe statistischer Methoden zunächst eine Serie komplementärer Testmethoden verfolgt (vgl. *Tabellen 3 bis 5*). Neben einleitenden bivariaten und multivariaten Querschnittsanalysen, basierend auf der Mittelwertbildung der einzelnen Größen, werden schließlich auch kombinierte Zeitreihen-Querschnittsdesigns (Panel-Regressionen) mit wahljährlichen Ausprägungen der Variablen durchgeführt. Durch die Einbeziehung einer Reihe von Messpunkten in mehreren Fällen multipliziert sich hier die Zahl der Fälle (hier $N = 23$ Kantone) mit der Zahl der Messzeitpunkte (hier $T =$ einzelne Wahljahre) zu $N \times T$ Beobachtungen (hier maximal 131) und erhöht dadurch die Zahl der Freiheitsgrade. Zudem ergibt sich die Möglichkeit der simultanen Schätzung einer großen Anzahl unabhängiger Variablen. Die Fallstricke dieser Methode in Form der Heteroskedastizität wie der Autokorrelation werden wie folgt behandelt: Zur Korrektur der Heteroskedastizität im Querschnitt wird die White-Methode angewandt. Eine noch stärker verzerrende Wirkung geht von der seriellen Korrelation der Residuen aus (Kittel 1999; Kittel und Winner 2005). Eine Möglichkeit zur Modellierung der Autokorrelation liegt in der Aufnahme zeitlich verzögerter endogener Variablen. Diese Methode führt aber ihrerseits zur Unterschätzung der tatsächlichen Signifikanz der politisch-institutionellen Größen. Im Anschluss an Kittel (1999: 230–231) wurde deshalb die Prais-Winsten-Methode zur Korrektur der verzerrten Standardfehler verwendet. Aufgrund der kleinen Anzahl der Beobachtungsjahre wurde ein ρ (rho) geschätzt.

Diese Methode der mehrstufigen Schritte zur Bestimmung der relevantesten Variablen schließt sich der Vorgehensweise ähnlicher Forschungsanlagen an (Freitag 2000, 2006; Vatter 1998). Dabei sollen Vermutungen auf der Basis des ersten Arbeitsschrittes durch die Befunde weiterer quantitativer Analysetechniken abgesichert werden, um statistisch ernst zu nehmende Beziehungen von möglichen Scheinzusammenhängen zu unterscheiden.¹³ Darüber hinaus spricht das Prinzip der Einfachheit und Überschaubarkeit für die anfängliche Verwendung elementarer Auswertungsstrategien.¹⁴

¹³ Signifikanztests können als Entscheidungskriterium streng genommen nur bei Wahrscheinlichkeits-Auswahlverfahren ihre Berechtigung erfahren. Wie aber in den meisten quantitativen Studien der vergleichenden Politikwissenschaft gehandhabt, soll auch hier dieses Kriterium als hilfreiches heuristisches Mittel – gegen die Norm – über die Aussagekraft einer Variablen in statistischen Modellen entscheiden. Statistische Signifikanz ist insofern weder als hinreichendes noch als notwendiges Kriterium für empirische Evidenz zu werten, sondern eher als Selektionshilfe zur Unterscheidung zwischen ernstzunehmenden und zu ignorierenden Kovarianzen zu

Die *zu erklärende Größe* dieser Arbeit ist die Wahlbeteiligung der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger in den Schweizer Kantonen. *Tabelle 2* gibt einen Überblick über die aus den einzelnen Theorien abgeleiteten *erklärenden Variablen* und deren Operationalisierung. Die Grundgedanken der Sichtweise vom Einfluss *politisch-institutioneller Bedingungen* werden mit Existenz der Wahlpflicht, der Art des Wahlsystems, dem Disproportionalitätsgrad, der effektiven Wahlerfolgschwelle, den Gelegenheiten zur Listenverbindung und des Kumulierens, dem Wettbewerbsgrad des Parteiensystems, dem Polarisierungs- und Fraktionalisierungsgrad des Parteiensystems, direktdemokratischen Beteiligungsrechten, der effektiven Nutzung der direkten Demokratie und dem Grad der Gemeindeautonomie umgesetzt. Für die Forschungsperspektive der *politischen Kultur und sozialintegrativen Kräfte* werden die jeweiligen kantonalen Bevölkerungsanteile der Vereinsmitglieder, der Parteimitglieder und der Katholiken herangezogen. Zusätzlich werden der kantonale gewerkschaftliche Organisationsgrad und Aspekte des politischen Interesses eingesetzt. Die *sozioökonomischen Ressourcen* werden durch die Schulabschlüsse der Sekundarstufe II, die Maturitätsquote, das kantonale BIP pro Kopf, einem Index der finanziellen Ressourcen, dem Anteil der über 64-Jährigen an der Bevölkerung und der Einwohner pro Quadratkilometer erfasst.

V. Resultate

Mit Blick auf *Tabelle 3* lassen sich die Ergebnisse der bivariaten Analysen wie folgt zusammenfassen: Es gilt zunächst festzustellen, dass sechs von zwölf institutionellen Bedingungen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die Höhe der Wahlbeteiligung ausüben. Ähnlich den international vergleichenden Befunden zeigt sich in der Existenz der Wahlpflicht eine Schubkraft auf die Höhe der Wahlbeteiligung. Der Kanton Schaffhausen erreicht mit seiner Regelung zur Beteiligungspflicht eine durchschnittliche Partizipationsrate von 63,2 Prozent im Untersuchungszeitraum, während die übrigen Kantone eine Quote von durchschnittlich 46,6 Prozent erzielen. Jedoch muss darauf hingewiesen werden, dass die Wahlpflicht beileibe kein gewichtiger Erklärungsfaktor im Vergleich der Schweizer Kantone ist. Zum einen beläuft sich der Anteil der Nichtwähler auch im Kanton Schaffhausen auf nahezu 40 Prozent. Zum anderen weisen das Tessin und das Wallis durchschnittlich höhere Beteiligungsquoten bei ihren Parlamentswahlen auf. Während weiterhin sowohl der Typus des Wahlsystems als auch die Gelegenheiten zu Parteilistenverbindungen und zur Kumulierung der Wählerstimmen ohne statistisch signifikante Wirkung auf die kantonale Wahlbeteiligung bleiben, zeigen die Vorzeichen des Disproportionalitätsgrades und der effektiven Wahlerfolgschwelle in die theoretisch erwartete Richtung: Je disproportionaler ein Wahlsystem die

verstehen. Gemäß Diekmann (1998: 600) können Signifikanztests freilich auch Entscheidungshilfen bei Nicht-Zufallsstichproben und sogar bei Totalerhebungen bieten. So könne man beispielsweise Beobachtungen aus Totalerhebungen wegen Messfehlern als Realisationen von Zufallsvariablen betrachten.

- 14 Ein weiterer Vorteil für die Verwendung elementarer, sprich bivariater Analysetechniken kann zudem in der leicht zugänglichen Identifikation von nicht-linearen Zusammenhängen, von Verletzungen der Homoskedastizitätsannahme und von einflussreichen Datenpunkten gesehen werden.

Tabelle 2: Variablen, Hypothesen und Operationalisierungen

Variablen	Hypothese (<i>ceteris paribus</i>)	Operationalisierung / Quelle	Richtung
<i>Politisch-institutionelle Determinanten</i>			
Wahlpflicht	Wahlpflicht erhöht die kantonale Wahlbeteiligung.	Dummy-Variable (1 = Wahlpflicht; nur für Kanton Schaffhausen).	positiv
Wahlsystem	Verhältnismwahlsysteme führen zu einer höheren kantonalen Wahlbeteiligung.	Dummy-Variable (1 = reine Verhältniswahl). Quelle: Lutz und Strohmann (1998: 80).	positiv
Disproportionalität des Wahlsystems	Je höher der Grad der Disproportionalität eines Wahlsystems ausfällt, desto geringer ist die kantonale Wahlbeteiligung.	Bemessen nach Index von Gallagher (1991). Eigene Berechnungen auf der Basis von Ladner (2004) und eigenen Fortschreibungen.	negativ
Effektive Wahlerfolgsschwelle	Je höher die effektive Wahlerfolgsschwelle liegt, desto geringer ist die kantonale Wahlbeteiligung.	Effektive Wahlerfolgsschwelle nach Liphart (1999: 153) = 75/durchschnittliche Mandatszahl pro Wahlkreis plus 1. Quelle: Vatter (2005).	negativ
Listenverbindung	Die Möglichkeit von Listenverbindungen erhöht die kantonale Wahlbeteiligung.	Dummy-Variable (1 = Listenverbindung möglich). Quelle: Lutz und Strohmann (1998: 72).	positiv
Kumulieren	Die Möglichkeit der Kumulierung erhöht die kantonale Wahlbeteiligung.	Dummy-Variable (1 = kumulieren möglich). Quelle: Lutz und Strohmann (1998: 78).	positiv
Wettbewerb des Parteiensystems	Je intensiver der Wettbewerb in einem kantonalen Parteiensystem ausfällt, desto höher ist die kantonale Wahlbeteiligung.	Differenz der Mandatsanteile der zwei stärksten Parteien eines Wahlganges. Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von Ladner (2004).	negativ
Fraktionalisierungsgrad des Parteiensystems	Je fraktionalisierter ein kantonales Parteiensystem ist, desto höher ist die kantonale Wahlbeteiligung.	Fraktionalisierungsindex nach Rae (1968). Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von Ladner (2004).	positiv
Polarisierungsgrad des Parteiensystems	Je polarisierter ein kantonales Parteiensystem ist, desto höher ist die kantonale Wahlbeteiligung.	Polarisierungsindex auf der Basis der Selbstschätzung der kantonalen Parteipräsidenten. Quelle: Ladner (2004).	positiv
Direkte Demokratie	Je ausgebauter die direktdemokratischen Volksrechte sind, desto geringer ist die kantonale Wahlbeteiligung.	Index der direkten Demokratie (Werte von 1 (gering ausgebaute direkte Demokratie) bis 6 (stark ausgeprägte Demokratie)). Quelle: Stutzer (1999).	negativ
Anzahl Volksabstimmungen	Je häufiger die direktdemokratischen Volksrechte genutzt werden, desto geringer ist die kantonale Wahlbeteiligung.	Anzahl jährlich durchgeführter Volksabstimmungen zwischen 1982 und 2004. Quelle: Année Politique Suisse (diverse Jahrgänge) und Moser (1983).	negativ
Autonomiegrad der Gemeinden	Je dezentraler die Entscheidungsstrukturen in einem Kanton sind, desto geringer ist die kantonale Wahlbeteiligung.	Index der Gemeindeautonomie gegenüber Bund und Kantonen nach Ladner (1994: 81) (0 = überhaupt keine Autonomie; 10 = sehr große Autonomie).	negativ
<i>Sozio-politische und politisch-kulturelle Determinanten</i>			
Anteil Vereinsmitgliedschaften	Je größer der Anteil an Vereinsmitgliedern in einem Kanton ist, desto höher ist die kantonale Wahlbeteiligung.	Anteil derjenigen, die angegeben, in mindestens einem Verein Mitglied zu sein. Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) 1997, 2000, 2004.	positiv
Anteil Parteimitglieder	Je größer der Anteil an Parteimitgliedern in einem Kanton ist, desto höher ist die kantonale Wahlbeteiligung.	Anteil von Parteimitgliedern an den Wahlberechtigten in den 1990er Jahren. Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von Ladner und Brändle (2001).	positiv

Variable	Hypothese (ceteris paribus)	Operationalisierung / Quelle	Richtung
Gewerkschaftlicher Organisationsgrad	Je umfassender die Gewerkschaften organisiert sind, desto höher ist die kantonale Wahlbeteiligung.	Gewerkschaftsmittglieder in Prozent der Bevölkerung. Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds.	positiv
Politisches Interesse	Je größer der Anteil der politisch Interessierten in einem Kanton ist, desto höher ist die kantonale Wahlbeteiligung.	Anteil derjenigen, die im Jahre 2003 angeben, an kantonpolitischen Vorgängen „sehr interessiert“ und „ziemlich interessiert“ zu sein. Quelle: Selects-Datensatz 2004.	positiv
Katholikenanteil	Je größer der Anteil an Katholiken in einem Kanton ist, desto höher ist die kantonale Wahlbeteiligung.	Katholikenanteil an der kantonalen Bevölkerung in den 1980er und 1990er Jahren. Quelle: Bundesamt für Statistik und Bovay und Broquet (2004: 122–123).	positiv
<i>Sozioökonomische und soziodemographische Determinanten</i>			
Anteil Abschlüsse Sekundarstufe II	Je zahlreicher die Bildungsabschlüsse auf Sekundarstufe II sind, desto höher ist die kantonale Wahlbeteiligung.	Anteil der Personen ab 15 Jahren mit Ausbildung auf Sekundarstufe II (1995). Quelle: Eigene Berechnung auf der Basis von SAKI 1995.	positiv
Maturitätsquote	Je höher die Absolventenquote an den Gymnasien ist, desto höher ist die kantonale Wahlbeteiligung.	Anzahl der im betreffenden Jahr erstellten Maturitäten pro Anzahl 19-Jähriger der ständigen Wohnbevölkerung nach Wohnkanton der Eltern. Quelle: Bundesamt für Statistik.	positiv
BIP pro Kopf (log.)	Je höher (geringer) der wirtschaftliche Wohlstand in einem Kanton ist, desto höher ist die kantonale Wahlbeteiligung.	Durchschnittliches BIP pro Kopf. Eigene Berechnungen auf der Basis der Volkseinkommen der Kantone. Quelle: Datenbank des Bundesamtes für Statistik (persönliche Korrespondenz von Caroline Le Bourdonnec).	positiv/ negativ
Finanzressourcen	Je höher (geringer) der wirtschaftliche Wohlstand in einem Kanton ist, desto höher ist die kantonale Wahlbeteiligung.	Finanzkraftindex gemäß Eidgenössischer Finanzverwaltung (1990–2000, jeweils alle zwei Jahre ausgewiesen; CH = 100). Quelle: Die Volkswirtschaft (diverse Jahrgänge) ab 1998 FDK (2001: 7).	positiv/ negativ
Anteil der über 64-jährigen	Je höher der Anteil der über 64-jährigen an der Bevölkerung in einem Kanton ist, desto höher ist die kantonale Wahlbeteiligung.	Anteil der über 64-jährigen an der kantonalen Wohnbevölkerung. Quelle: Bundesamt für Statistik.	negativ
Bevölkerungsdichte (log.)	Je dichter ein Kanton besiedelt ist, desto höher ist die kantonale Wahlbeteiligung.	Kantonale Wohnbevölkerung pro Quadratkilometer. Quelle: Die Volkswirtschaft (diverse Jahrgänge).	positiv
<i>Abhängige Variable</i>			
Wahlbeteiligung	Anteil der Wählerinnen und Wähler an den Wahlberechtigten bei einer kantonalen Parlamentswahl 1982–2004. Quelle: Schweizerisches Jahrbuch der Politik (verschiedene Jahrgänge).		

Tabelle 3: Determinanten der Wahlbeteiligung bei kantonalen Parlamentswahlen 1982–2004, bivariate Zusammenhänge

Unabhängige Variablen (Mittelwerte für jeden Kanton 1982–2004)	Kantone (N=23)	
	Standardisierte Regressionskoeffizienten	absoluter t-Wert
Politisch-institutionelle Determinanten		
Wahlpflicht (Dummy: Ja = 1)	0,33	7,58
Wahlssystem (reines Verhältniswahlssystem = 1)	–0,05	0,30
Disproportionalitätsgrad des Wahlsystems	–0,45	2,54
Effektive Wählerfolgschwelle	–0,31	1,69
Listenverbindung (Dummy: Ja = 1)	–0,10	0,43
Kumulieren (Dummy: Ja = 1)	–0,06	0,32
Wettbewerbsgrad des Parteiensystems	0,15	0,62
Fraktionalisierungsgrad des Parteiensystems	–0,38	2,35
Polarisierungsgrad des Parteiensystems	–0,31	1,92
Direkte Demokratie (Index)	0,02	0,09
Anzahl Volksabstimmungen (log.)	–0,37	1,79
Autonomiegrad der Gemeinden	0,21	1,20
Sozio-politische und politisch-kulturelle Determinanten		
Anteil Vereinsmitgliedschaften	–0,03	0,12
Anteil Parteimitglieder	0,52	3,67
Gewerkschaftlicher Organisationsgrad	0,20	0,94
Politisches Interesse	–0,12	0,58
Katholikenanteil	0,55	2,71
Sozioökonomische und soziodemographische Determinanten		
Anteil Abschlüsse Sekundarstufe II	–0,22	1,11
Maturitätsquote	0,02	0,09
BIP pro Kopf (log.)	–0,29	1,53
Finanzressourcen	–0,30	1,48
Anteil der über 64-Jährigen	0,04	0,20
Bevölkerungsdichte (Einwohner pro km ²) (log.)	–0,40	2,49

Anmerkungen: fettgedruckt sind die statistisch signifikanten Zusammenhänge, die sich mindestens auf dem Zehn-Prozent-Niveau bewegen; absolute t-Werte sind nach der Prozedur korrigierter Standardfehler nach White (1980) berechnet. Die Zusammenhänge wurden ohne Appenzell-Innerrhoden, Appenzell-Ausserrhoden und Graubünden berechnet, da für diese Kantone keine Daten zu den Wahlbeteiligungsraten verfügbar sind. Für den Kanton Uri konnte aufgrund fehlender Stimmenanteile kein Disproportionalitätsgrad errechnet werden. Dementsprechend gingen hier nur 22 Kantone in die Berechnungen mit ein. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Operationalisierung der einzelnen Variablen.

Stimmen in Mandate umsetzt und je höher der Stimmenanteil zur Erringung parlamentarischer Vertretung ausfallen muss, desto geringer ist die Partizipationsquote bei kantonalen Wahlen.

Mit Blick auf die Merkmale des Parteiensystems lässt sich berichten, dass der Wettbewerbsgrad des Parteiensystems ohne systematische Wirkung auf die Wahlbeteiligung bleibt. Der Einfluss des Fraktionalisierungsgrades ist statistisch signifikant, wenngleich das Vorzeichen des Koeffizienten nicht in die theoretisch erwartete Richtung zeigt: Je fraktionalisierter ein Parteiensystem ist (das heißt je größer die Zahl der Parteien ist), desto geringer fällt die Partizipationsrate aus. Hier ließe sich schlussfolgern, dass eine hohe Zahl an parteilichen Alternativen die Wählerinnen und Wähler verwirrt, ihnen hohe Informationskosten auferlegt und sie schließlich entmutigt werden, eine Wahlentscheidung zu treffen (vgl. Kostadinova 2003: 754). Entgegen der Vermutung macht ferner ein polarisiertes Parteiensystem eine geringe Wahlbeteiligung wahrscheinlicher.

Freilich zeigt die Referendumsdemokratie die erwartete Wirkung: Ihr Einfluss lässt sich aber weniger durch die formalen direktdemokratischen Beteiligungsrechte selbst, als vielmehr durch ihre effektive Nutzung nachzeichnen: Je mehr Sachabstimmungen in einem Kanton stattfinden, desto geringer fällt die Beteiligung bei den Parlamentswahlen aus. Der Grad der Gemeindeautonomie bleibt nach den vorliegenden Schätzungen ohne Wirkung auf die Höhe der Partizipationsrate.

Die Sichtweise der politischen Kultur und der sozialintegrativen Kräfte wird insgesamt durch zwei von den hier fünf untersuchten Einflussfaktoren bestätigt: Je größer der Anteil an Parteimitgliedern und Katholiken in einem Kanton ist, desto höher ist die kantonale Wahlbeteiligung. Dies ist das zentrale Ergebnis der Analyse des zweiten Variablenbündels. Alle anderen vermeintlichen Einflussgrößen zeigen nicht die erwartete Schubkraft auf. Von den sozioökonomischen Determinanten ist allein die Bevölkerungsdichte von Relevanz. Entgegen der theoretischen Erwartung zeigt sich aber, dass eine hohe Wahlbeteiligung eher in weniger dicht besiedelten Kantonen wahrscheinlicher ist.

In einem nächsten Schritt werden die bislang signifikanten Einflussfaktoren einem multivariaten Härtetest unterzogen (*Tabelle 4*). Dazu werden zunächst vier Querschnittregressionen (Modell 1 bis 4) geschätzt. Angesichts der Vielzahl der Variablen bei einer überschaubaren Anzahl der Fälle können die bislang ermittelten Einflussgrößen nicht simultan in einem multivariaten Modell geschätzt werden. Aus diesem Grund gehen in Modell 1 ausschließlich die politisch-institutionellen Faktoren ein. Modell 2 enthält die signifikanten politisch-kulturellen und sozioökonomischen Variablen. In den Modellen 3 und 4 finden sich schließlich die jeweils signifikanten Einflussgrößen der vorherigen Schätzungen wieder. Die weiteren Untersuchungen liefern nun die folgenden Ergebnisse: Zum Ersten lässt sich feststellen, dass die Bevölkerungsdichte, der Disproportionalitätsgrad des Wahlsystems, die Polarisierung und Fragmentierung des Parteiensystems und die Nutzung direktdemokratischer Instrumente unter Kontrolle der übrigen Faktoren an Bedeutung verlieren, will man die unterschiedliche Höhe der kantonalen Wahlbeteiligung erklären. Zum Zweiten bestätigen die multivariaten Modelle den Einfluss der Wahlpflicht, der effektiven Wahlerfolgsschwelle, des Katholizismus und des parteilichen Organisationsgrades auf die Partizipationsrate bei kantonalen Parlamentswahlen. Dabei wird mit Blick auf die standardisierten Regressionskoeffizienten auch deutlich, dass die stärkste Erklärungskraft dem Anteil der Katholiken an der kantonalen Bevölkerung beigemessen werden kann.¹⁵ Zum Dritten lässt sich berichten, dass Modell 4 in einer möglichst sparsamen Schätzgleichung aller signifikanten Variablen rund 70 Prozent der Varianz der kantonalen Wahlbeteiligung zu erklären vermag.

Diese Ergebnisse aus Modell 4 bedürfen freilich weiterer Testverfahren. Da wir es hier mit einer sehr kleinen Fallzahl zu tun haben, können einzelne Fälle (hier Kantone) schnell einen großen Einfluss auf die Schätzung der Parameter ausüben. Vor diesem Hintergrund werden verschiedene Regressionsdiagnostiken hinsichtlich der Suche nach

15 Weitere hier nicht dokumentierte Schätzungen zeigen auf, dass die Bevölkerungsdichte sehr stark mit dem Katholikenanteil korreliert ($r = -0,52$), was zur abnehmenden Bedeutung der Stadt-Land Variable beiträgt. Derartige Probleme der Multikollinearität werden in den später vorgenommenen kombinierten Längs-Querschnittregressionen reduziert.

Tabelle 4: Determinanten der Wahlbeteiligung bei kantonalen Parlamentswahlen 1982–2004, multiple Regressionen

Variable	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Konstante	125,78	17,97	29,09	23,24
Wahlpflicht	0,44 (2,50)***		0,44 (3,46)***	0,44 (3,60)***
Disproportionalitätsgrad des Wahlsystems	0,14 (0,57)			
Effektive Wahlerfolgsschwelle	-0,52 (2,14)***		-0,39 (2,68)***	-0,37 (3,14)***
Fraktionalisierung des Parteiensystems	-0,57 (2,72)***		-0,05 (0,22)	
Polarisierungsgrad des Parteiensystems	-0,09 (0,41)			
Anzahl Volksabstimmungen (log.)	-0,21 (0,99)			
Anteil Parteimitglieder		0,39 (1,95)***	0,27 (1,98)*	0,28 (2,25)***
Katholikenanteil		0,42 (2,07)**	0,61 (3,13)***	0,64 (4,86)***
Bevölkerungsdichte (log.)		-0,01 (0,97)		
Cook-Weisberg-Test (Prob > χ^2)	0,34	0,51	0,35	0,44
F-Test	4,04**	4,85**	10,86***	14,32***
Adj. R ²	0,47	0,34	0,69	0,71
Zahl der Beobachtungen	22	23	23	23

Anmerkungen: Zur Operationalisierung der einzelnen Variablen siehe Text und Tabelle 2. Abgebildet sind die standardisierten Regressionskoeffizienten. * = signifikant auf dem Zehn-Prozent-Niveau (zweiseitig); ** = signifikant auf dem Fünf-Prozent-Niveau (zweiseitig); *** = signifikant auf dem Ein-Prozent-Niveau (zweiseitig); absolute t-Werte in Klammern. Die Maßzahlen des Cook-Weisberg-Tests legen ferner die Abwesenheit von Heteroskedastizität nahe. Für den Kanton Uri konnte aufgrund fehlender Stimmenanteile kein Disproportionalitätsgrad errechnet werden. Dementsprechend gingen in Modell 1 nur 22 Kantone in die Berechnungen ein.

einflussreichen Datenpunkten ausgeführt. Als Kontrollstatistik zur Identifikation einflussreicher Fälle werden Cooks D oder so genannte Hebelwerte berechnet (vgl. Wagshal 1999: 244–245). Cooks D sollte die Grenze von $4/n$ nicht überschreiten, in unserem Fall also 0,17. Die Berechnung zeigt, dass dieser Wert von den Fällen Luzern und Tessin überschritten wird (je 0,23). Eine Schätzung ohne diese beiden Kantone bestätigt jedoch die bereits ausgewiesenen Ergebnisse. Ferner decken die Berechnungen so genannter Hebelwerte ($2k/n$) den Kanton Schaffhausen als relevanten Fall auf. Der Hebel liegt für diesen Kanton bei 0,95, obwohl man nur einen Wert von 0,44 ($10/23$) für jeden Fall erwarten würde. Alle anderen Fälle erweisen sich als unproblematisch für die Analyse. Die Schätzung von Modell 4 ohne den Fall Schaffhausen ändert indes nichts an den bisher berichteten Ergebnissen, wenngleich mit dem Ausschluss dieses Kantons auch die Wahlpflicht als erklärender Faktor aus der Analyse genommen wird.¹⁶

¹⁶ Zusätzlich zu den hier durchgeführten Diagnostiken wurden robuste Regressionsverfahren zur

Table 5: Determinanten der Wahlbeteiligung bei kantonalen Parlamentswahlen 1982–2004, multiple Regressionen (gepoolte Modelle)

Variable	Modell 5	Modell 6	Modell 7
Konstante	35,96	30,96	41,29
Wahlpflicht	20,93 (2,09)***	20,79 (1,96)***	20,21 (1,63)***
Disproportionalitätsgrad des Wahlsystems	-0,50 (0,52)		
Effektive Wahlerfolgsschwelle	-0,73 (0,19)***	-0,90 (0,15)***	-0,98 (0,17)***
Fraktionalisierung des Parteiensystems	-4,14 (13,75)	-11,89 (11,10)	
Polarisierungsgrad des Parteiensystems	-0,36 (0,51)	-0,26 (0,52)	
Volksabstimmungen (log.)	-0,07 (0,47)	0,05 (0,43)	
Anteil Parteimitglieder	1,48 (0,80)*	1,49 (0,83)*	1,34 (0,76)*
Katholikenanteil	0,26 (0,04)***	0,26 (0,04)***	0,24 (0,04)***
Bevölkerungsdichte (log.)	-1,56 (1,04)	-1,90 (0,95)***	-1,87 (0,74)***
ρ (rho)	0,48	0,46	0,47
R ²	0,79	0,77	0,77
Zahl der Beobachtungen	124	131	131

Anmerkungen: Zur Operationalisierung der einzelnen Variablen siehe Text und Tabelle 2. Abgebildet sind die unstandardisierten Regressionskoeffizienten. * = signifikant auf dem Zehn-Prozent-Niveau (zweiseitig); ** = signifikant auf dem Fünf-Prozent-Niveau (zweiseitig); *** = signifikant auf dem Ein-Prozent-Niveau (zweiseitig); Standardfehler in Klammern. Für den Kanton Uri konnte aufgrund fehlender Stimmenanteile kein Disproportionalitätsgrad errechnet werden. Dementsprechend gingen in Modell 1 nur 124 Beobachtungen in die Berechnungen mit ein.

In einem letzten Schritt werden noch kombinierte Längs-Querschnittregressionen durchgeführt, um eine simultane Analyse aller relevanten Einflussgrößen aus *Tabelle 3* zu gewährleisten. *Tabelle 5* gibt die Ergebnisse der Schätzungen mit allen Variablen wieder, die sich nach den bivariaten Analysen als statistisch signifikant erwiesen haben. Die drei Modelle bestätigen die Ergebnisse der Querschnittregressionen und weisen zudem der Bevölkerungsdichte einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung zu.¹⁷

Analyse einflussreicher Beobachtungen auf der Grundlage von Modell 4 durchgeführt (Kohler und Kreuter 2001: 233–238). Sowohl das Bootstrap-Verfahren (Stata Befehl: `bsqreg`, 1000 Replikationen) wie auch die Median-Regression (`qreg`) und die robuste Regression (`rreg`) unterstützen die hier berichteten Befunde. Schließlich wurden die Schätzungen auch mit robusten Standardfehlern berechnet, was zusätzlich die Ergebnisse bestätigt.

¹⁷ Weitere, hier nicht dokumentierte multivariate Schätzungen mit Einflussgrößen, die im Forschungsverlauf eliminiert wurden, bestätigen die vorgelegten Ergebnisse zu deren Insignifikanz. Die Autokorrelation in den Residuen wird durch die Schätzung des Parameters ρ (*rho*) einer autoregressiven Funktion der Residuen gelöst. Der Autokorrelationskoeffizient ρ (*rho*) gibt Auskunft darüber, wie stark die Residuen zum Zeitpunkt t vom Residuum $t-1$ abhängen. Sofern der Autokorrelationskoeffizient den Wert «1» erreicht, wird der Effekt der Vorperiode eins

VI. Schlussfolgerungen

In diesem Beitrag wurde gefragt, inwiefern die unterschiedlich hohen Wahlbeteiligungsquoten in den Schweizer Kantonen zwischen 1982 und 2004 auf ungleiche politisch-institutionelle, politisch-kulturelle und sozioökonomische Bedingungen zurückgeführt werden können. Das zentrale Ergebnis der Arbeit ist, dass die Beteiligung bei kantonalen Wahlen in denjenigen Gliedstaaten überdurchschnittlich ausfällt, die eine Regelung zur Wahlpflicht aufweisen, stark katholisch geprägt sind, über einen hohen Anteil an Parteimitgliedern verfügen und eine niedrige Wahlhürde zur Erringung von Mandaten aufstellen. Kantone mit einem geringen Anteil an Katholiken und Parteimitgliedern, ohne Wahlpflicht und mit einer hohen Wahlerfolgschwelle lassen nach den vorliegenden Analysen eine vergleichsweise geringe Wahlbeteiligung erwarten. Aus der Analyse lassen sich darüber hinaus folgende Schlüsse ziehen:

Die vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung in den Kantonen Tessin, Schaffhausen, Jura und Wallis sind zu einem erheblichen Teil auf die Ansammlung der ausgewiesenen partizipationsfördernden Faktoren zurückzuführen. Die sehr geringen Partizipationsraten der Kantone Aargau, Basel-Land, Bern, Genf, Thurgau und Waadt sind nach den vorliegenden Analysen hingegen dem Mangel an den hier ausgeleuchteten Determinanten geschuldet. Im Kanton Schaffhausen verhilft nicht zuletzt die Wahlpflicht zu den vergleichsweise hohen Beteiligungsraten. Angesichts der relativ harmlosen rechtlichen Sanktionen der Nichtwahl scheint die Partizipation jedoch eher Ergebnis der vorherrschenden und institutionell vermittelten politischen Kultur zu sein. Mit anderen Worten: Die institutionell reglementierte regelmäßige Teilnahme am politischen Prozess führt nach und nach zur Entfaltung beteiligungsfördernder Dispositionen (etwa zur Ausbildung des politischen Interesse oder des Glaubens an die politische Wirksamkeit). Darüber hinaus offenbart die Analyse, dass die Wahlpflicht zwar einen hinreichenden, aber keinen notwendigen Grund einer hohen Partizipationsrate darstellt. So zeigen die Kantone Tessin und Wallis ohne diese verankerte Regelung höhere Wahlbeteiligungsquoten als Schaffhausen. Mit Blick auf die statistischen Analysen kann dem Katholikenanteil in der Erklärung der Partizipationsraten zudem eine größere Bedeutung zugeschrieben werden als der Wahlpflicht.

Die Studie macht deutlich, dass kein Erklärungsansatz allein die Partizipationsraten in den Schweizer Kantonen zu erklären vermag. Vielmehr bedarf es der Zusammenlegung politisch-institutioneller Konfigurationen und politisch-kultureller Aspekte, will man die Unterschiede in den Beteiligungen der kantonalen Parlamentswahlen erfassen. Sozioökonomische und soziodemographische Bedingungen spielen indes keine Rolle, wenn es um die Erklärung der ungleichen kantonalen Wahlbeteiligung geht. Ohne systematischen Einfluss auf die Partizipationsrate bleiben auch die in der international vergleichenden Forschung debattierten Merkmale des Parteiensystems (Wettbewerbsgrad, Fragmentierung und Polarisierung) und die im Schweizer Kontext bemühten Aspekte der direkten Demokratie. Mit Blick auf die kantonalen Abstimmungs- und Wahlverhältnisse können wir deshalb festhalten, dass die Referendumsdemokratie der Wahldemokratie weder das Wasser abgräbt noch diese besonders beflügelt.

zu eins an die nächste Periode weitergegeben. Formal ließe sich dann die OLS-Schätzung nicht mehr anwenden, weil der Mittelwert über die Zeitspanne nicht konstant ist.

Sofern die Erhöhung der Beteiligung bei kantonalen Wahlen ein wünschenswertes politisches Zielvorhaben darstellt und keinerlei (ohnehin schwer) aktivierbare politisch-kulturelle Traditionen der Partizipationsbereitschaft vorliegen, implizieren die Befunde der vorliegenden Studie zumindest zwei institutionelle Stellschrauben: Eine Steigerung der Wahlbeteiligung ist in erster Linie durch die Installierung einer Wahlpflicht zu erreichen. Ein demokratiethoretisch relevanter Nebeneffekt dieser Konstruktion liegt in der stärkeren Demokratisierung der Wahl, sprich in der Ausdehnung der Beteiligung auf ansonsten wahlabstinente Gruppierungen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status. Beobachtern zufolge singt der Chor der schweizerischen Demokratie bei einer geringen Abstimmungs- und Wahlbeteiligung bislang „mit einem eindeutigen Mittel- und Oberschichtsakzent“ (Linder 1999: 284). Weiterhin lässt sich nach den vorliegenden Befunden durch die Wahlkreisarchitektur an der Partizipationsschraube drehen: größere Wahlkreise, sprich eine Ausweitung der zu vergebenden Mandate pro Wahlkreis sowie die Herabsetzung bzw. Abschaffung von Sperrklauseln induzieren Mobilisierungseffekte bei Parteien, Interessengruppen und Wählern, die zur Erhöhung der Wahlbeteiligung führen sollten. Ein Paradebeispiel zeigt sich hier im Kanton mit der höchsten Wahlbeteiligung im Untersuchungszeitraum: das Tessin kennt kein Quorum und nur einen Wahlkreis für insgesamt 90 zu vergebende Mandate.

Literatur

- Almond, Gabriel, und Sidney Verba*, 1965: *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Boston: Little Brown.
- Altermatt, Urs*, 1989: *Katholizismus und Moderne: Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert*. Zürich: Benziger.
- Armingeon, Klaus*, 1994: Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46: 43–64.
- Blais, André, und Agnieszka Dobrzynska* 1998: Turnout in Electoral Democracies. *European Journal of Political Research* 33: 239–261.
- Bovay, Claude, und Raphael Broquet*, 2004: *Religionslandschaft in der Schweiz*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Bühlmann, Marc, Markus Freitag und Adrian Vatter*, 2003: Die schweigende Mehrheit: Eine Typologie der Schweizer Nichtwählerschaft. S. 27–58 in: *Pascal Sciarini, Sibylle Hardmeier und Adrian Vatter* (Hg.), *Schweizer Wahlen 1999, Swiss Electoral Studies Bd. 5*. Bern: Paul Haupt.
- Cox, Gary W.*, 1999: Electoral Rules and Calculus of Mobilization. *Legislative Studies Quarterly* 24: 387–419.
- Crepaz, Markus M.L.*, 1990: The Impact of Party Polarization and Postmaterialism on Voter Turnout. A Comparative Study of 16 Industrial Democracies. *European Journal of Political Research* 18: 183–205.
- Diekmann, Andreas*, 1998: *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Hamburg: Rowohlt.
- Downs, Anthony*, 1957: *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper und Row.
- Falter, Jürgen W., und Siegfried Schumann*, 1994: Der Nichtwähler – das unbekannte Wesen. S. 161–213 in: *Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann* (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Falter, Jürgen W.*, und *Reinhard Zintl*, 1989: Weltwirtschaftskrise und NSDAP-Wahlerfolge. Ein Erklärungsversuch mit Hilfe eines „rationalistischen“ Ansatzes und ökologischer Regressionsanalysen. S. 122–174 in: *Jürgen W. Falter, Hans Rattinger* und *Klaus G. Troitzsch* (Hg.), *Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt a.M./Bern/New York/Paris: Lang.
- Franklin, Mark N.*, 1996: Electoral Participation. S. 216–235 in: *Lawrence LeDuc, Richard G. Niemi* und *Pippa Norris* (Hg.), *Comparing Democracies: Elections and Voting in Global Perspective*. Thousand Oaks: Sage Publications.
- Franklin, Mark N.*, 2004: Voter Turnout and the Dynamics of Electoral Competition in Established Democracies since 1945. Cambridge: Cambridge University Press.
- Freitag, Markus*, 1996: Wahlbeteiligungen in westlichen Demokratien. Eine Analyse zur Erklärung von Niveauunterschieden. *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft* 2: 101–134.
- Freitag, Markus*, 2000: Soziales Kapital und Arbeitslosigkeit. Eine empirische Analyse zu den Schweizer Kantonen. *Zeitschrift für Soziologie* 29: 186–201.
- Freitag, Markus*, 2004: Schweizer Welten des Sozialkapitals. Empirische Untersuchungen zum sozialen Leben in Regionen und Kantonen. *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft* 10: 87–118.
- Freitag, Markus*, 2006: Bowling the State Back in. *Political Institutions and the Shaping of Social Capital*. *European Journal of Political Research* 45.
- Freitag, Markus, Adrian Vatter*, und *Christoph Müller*, 2003: Bremse oder Gaspedal? Eine empirische Untersuchung zur Wirkung der direkten Demokratie auf den Steuerstaat. *Politische Vierteljahresschrift* 44: 348–369.
- Gallagher, Michael*, 1991: Proportionality, Disproportionality, and Electoral Systems. *Electoral Studies* 10: 33–51.
- Geser, Hans*, 2004: Gibt es in der Schweiz noch konfessionelle politische Kulturen? Einige überraschende Befunde aus einer diachronen Studie über lokale Parteien. Zürich: Soziologisches Institut.
- Gray, Mark*, und *Miki Caul*, 2000: Declining Voter Turnout in Advanced Industrial Democracies, 1950 to 1997. *Comparative Political Studies* 33: 1091–122.
- Hajnal, Zoltan*, und *Paul G. Lewis*, 2003: Municipal Institutions and Voter Turnout in Local Elections. *Urban Affairs Review* 38: 645–68.
- Hall, Peter A.*, und *Rosemary C.R. Taylor*, 1996: *Political Science and the Three New Institutionalisms*. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Immergut, Ellen*, 1998: The Theoretical Core of the New Institutionalism. *Politics & Society* 26: 5–34.
- Inglehart, Robert*, 1990: *Cultural Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton: Princeton University Press.
- Jackman, Robert W.*, und *Ross A. Miller*, 1995: Voter Turnout in the Industrial Democracies during the 1980s. *Comparative Political Studies* 27: 467–492.
- Kittel, Bernhard*, 1999: Sense and Sensitiveness in Pooled Analysis of Political Data. *European Journal of Political Research* 35: 225–253.
- Kittel, Bernhard*, und *Hannes Winner*, 2005: How Reliable is Pooled Analysis in Political Economy? The Globalization-welfare State Nexus Revisited. *European Journal of Political Research* 44: 269–293.
- Kohl, Jürgen*, 1983: Zur langfristigen Entwicklung der politischen Partizipation in Westeuropa. S. 377–411 in: *Otto Büsch* und *Peter Steinbach* (Hg.), *Vergleichende europäische Wahlgeschichte. Eine Anthologie. Beiträge zur historischen Wahlforschung vornehmlich West- und Nordeuropas*. Berlin: Kolloquium-Verlag.
- Kohler, Ulrich*, und *Frauke Kreuter*, 2001: *Datenanalyse mit Stata. Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung*. München u.a.: R. Oldenbourg Verlag.
- Kornelius, Bernhard*, und *Dieter Roth*, 2004: Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Korpi, Walter*, 1991: Political and Economic Explanations for Unemployment: A Cross-National and Long Term-Analysis. *British Journal of Political Science* 21: 315–348.

- Kost, Andreas* (Hg.), 2005: Direkte Demokratie in den deutschen Bundesländern. Eine Einführung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kostadinova, Tatiana*, 2003: Voter Turnout Dynamics in Post-Communist Europe. *European Journal of Political Research* 42: 741–759.
- Kriesi, Hanspeter*, 1995: *Le Système Politique Suisse*. Paris: Economica.
- Kriesi, Hanspeter, Boris Wernli, Pascal Sciarini und Matteo Gianni*, 1996: Le clivage linguistique. Problèmes de compréhension entre les communautés linguistiques en Suisse. Berne: Office fédéral de la statistique.
- Ladner, Andreas*, 1994: Finanzkompetenzen der Gemeinden – ein Überblick über die Praxis. S. 64–85 in: *Franz Eng, Alexander Glatthard und Beat H. Koenig* (Hg.), *Finanzföderalismus*. Zürich: Emissionszentrale der Schweizer Gemeinden.
- Ladner, Andreas*, 2004: Kantonale Parteiensysteme im Wandel. Eine Studie mit Daten der Wahlen in den Nationalrat und in die kantonalen Parlamente. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Ladner, Andreas, und Michael Brändle*, 2001: Die politischen Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen? Zürich: Seismo.
- Ladner, Andreas, und Henry Milner*, 1999: Do Voters Turn out more under Proportional than Majoritarian Systems? The Evidence from Swiss Communal Elections. *Electoral Studies* 18: 235–250.
- Lijphart, Arend*, 1971: The Comparable-Cases Strategy in Comparative Research. *Comparative Political Studies* 8: 158–177.
- Lijphart, Arend*, 1979: Religious vs. Linguistic vs. Class Voting: The „Crucial Experiment“ of Comparing Belgium, Canada, South Africa and Switzerland. *American Political Science Review* 73: 442–458.
- Lijphart, Arend*, 1994: *Electoral Systems and Party Systems. A Study of Twenty-Seven Democracies 1945–90*. Oxford: Oxford University Press.
- Lijphart, Arend*, 1997: Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma. *American Political Science Review* 91: 1–14.
- Lijphart, Arend*, 1999: *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven/London: Yale University Press.
- Linder, Wolf*, 1999: Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven. Bern/Stuttgart/Wien: Paul Haupt.
- Lutz, Georg*, 1998: Effiziente Parlamente oder gute Repräsentation? *Parlamentarisches Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen* 3: 43–49.
- Lutz, Georg, und Dirk Strohmann*, 1998: Wahl- und Abstimmungsrecht in den Kantonen. Bern: Paul Haupt.
- Mayntz, Renate, und Fritz W. Scharpf*, 1995: Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus. S. 39–72 in: *Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf* (Hg.), *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Meier-Dallach, Hans-Peter, Daniela Gloor, Susanne Hofermuth und Rolf Nef*, 1991: Die helvetische Kulturlandschaft im Test. Bern: Bundesamt für Statistik.
- Norris, Pippa*, 2004: *Electoral Engineering: Voting Rules and Political Behavior*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pateman, Carol*, 1970: *Participation and Democratic Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam, und Henry Teune*, 1970: *The Logic of Comparative Social Inquiry*. New York: Wiley.
- Radcliff, Benjamin*, 1992: The Welfare State, Turnout, and the Economy: a Comparative Analysis. *American Political Science Review* 86: 444–454.
- Rae, Douglas W.*, 1968: A Note on the Fractionalization of Some European Party Systems. *Comparative Political Studies* 1: 413–418.
- Scarrou, Susan E.*, 2001: Direct Democracy and the Institutional Change. A Comparative Investigation. *Comparative Political Studies* 34: 651–665.
- Siaroff, Alan, und John W. A. Merer*, 2002: Parliamentary Election Turnout in Europe since 1990. *Political Studies* 50: 916–927.

- Snyder, Richard*, 2001: Scaling Down: The Subnational Comparative Method. *Studies in Comparative International Development* 36: 93–110.
- Sturm, Roland*, 1992: Wahlbeteiligung. S. 488–494 in: *Manfred G. Schmidt* (Hg.), *Lexikon der Politik*, Band 3: Die westlichen Länder. München: C.H. Beck.
- Stutzer, Alois*, 1999: Demokratieindizes für die Kantone der Schweiz. Working Paper No. 23. Zürich: Institute for Empirical Research in Economics.
- Tocqueville, Alexis de*, [1835] 1994: Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart: Reclam.
- Vatter, Adrian*, 1998: Politische Fragmentierung in den Schweizer Kantonen. Folge sozialer Heterogenität oder institutioneller Hürden? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50: 666–684.
- Vatter, Adrian*, 2002: Kantonale Demokratien im Vergleich. Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen. Opladen: Leske + Budrich.
- Vatter, Adrian*, 2005: Lijphart goes Regional. Different Patterns of Consensus in Swiss Democracies. Universität Konstanz: unveröffentlichtes Manuskript.
- Verba, Sidney*, und *Norman H. Nie*, 1972: *Participation in America: Political Democracy and Social Equality*. New York: Harper & Row.
- Wagschal, Uwe*, 1999: *Statistik für Politikwissenschaftler. Lehrbücher und Handbücher der Politikwissenschaft*. München/Wien: R. Oldenbourg.
- Wernli, Boris*, 1998: Die Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung. Eine vergleichende Analyse von Schweizer Kantonen. S. 73–100 in: *Hanspeter Kriesi, Wolf Linder* und *Ulrich Klöti* (Hg.), *Schweizer Wahlen 1995*. Bern: Paul Haupt.
- White, Halbert*, 1980: A Heteroscedasticity-Consistent Covariance Matrix Estimator and A Direct Test for Heteroscedasticity. *Econometrica* 48: 817–838.
- Zingg, Elvira*, und *Matthias Benz*, 2003: Mobilität, Wahlbeteiligung und Sozialkapital in Schweizer Gemeinden. *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft* 9: 59–87.

Korrespondenzanschrift: Prof. Dr. Markus Freitag, Universität Konstanz, Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Vergleichende Kommunal- und Regionalpolitik, Postfach D84, D-78457 Konstanz

E-Mail: markus.freitag@uni-konstanz.de